

Sitzungsperiode 2021-2022
Sitzung des Ausschusses I vom 29. November 2021

FRAGESTUNDE*

- **Frage Nr. 845 von Frau STIEL (VIVANT) an Ministerpräsident PAASCH zu HateSpeech und FakeNews**

Auf der internationalen Tagung im Kloster Heidberg vom 24-27 Oktober, wurden Lösungen und Antworten erarbeitet, die in Ostbelgien zu Projekten umgeformt werden sollen um HateSpeech und FakeNews entgegenzutreten und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

Wir sind ihrer Meinung, dass man offen und konstruktiv miteinander reden muss. Leider ist das seit Beginn der Corona-Krise nicht mehr möglich, denn alles was dem Narrativ der Regierung widerspricht, wird in die Ecke der Verschwörungstheoretiker verbannt.

Nur, wer bestimmt eigentlich was Fakenews sind?
Und was, wenn die "FakeNews" sich im Nachhinein als Wahrheit entpuppen?

Ein Beispiel war das geheime Dokument der Bundesregierung, welches die Bürger in Angst und Schrecken versetzen sollte, damit diese die Maßnahmen der Coronapolitik besser akzeptieren. Zuerst als FakeNews abgestempelt, stellte sich das Dokument später als authentisch heraus.

Es geht hier aber nicht nur um die Corona-Krise. Alle gesellschaftspolitischen Themen können betroffen sein.

Die Vivant-Fraktion distanziert sich von verfassungswidrigen Inhalten und Hassreden, die nicht unter dem Schutz der Meinungsfreiheit stehen. Wir kritisieren jedoch ein Meinungsmonopol seitens der Regierung, die allgemein gültige Sichtweisen in die gewünschte Richtung lenkt. Wir sind alle mündige Bürger und es ist nicht die Aufgabe des Staates, einzugreifen und vorzuschreiben was der Einzelne zu glauben oder nicht zu glauben hat.

Die Erkenntnisse der Tagung sollen Anfang 2022 veröffentlicht werden und das Institut für Demokratiepädagogik wird die Ergebnisse in Buchform vorstellen.

Hierzu lauten unsere Fragen :

- *Wie sehen die Lösungen und Antworten die aus der Tagung hervorgingen grob aus ?*
- *Wurden schon erste Projekte skizziert?*

* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen der von den Fragestellern hinterlegten Originalfassung.

• **Frage Nr. 846 von Herrn HILLIGSMANN (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zu den Kontrollen der aktuell geltenden Corona-Maßnahmen**

Der föderale Gesundheitsminister Frank Vandenbroucke hofft, dass die Bürgermeister die lokale Polizei dazu auffordern werden, den Horeca-Sektor auf die Einhaltung der Corona-Maßnahmen zu kontrollieren. Das berichtete das Grenzecho am 22. November.

Die beunruhigende Tendenz der Corona-Zahlen hatte den Konzertierungsausschuss am 17. November dazu veranlasst, die Corona-Maßnahmen wieder zu verschärfen. Darüber hinaus gilt seit dem 1. November für das Gaststättengewerbe die CST-Regelung. Diese Maßnahmen sind nicht etwa dazu da, die Gäste zu ärgern. Vielmehr sind sie wichtige Instrumente, die Verbreitung des Virus einzudämmen, Herr der Lage zu bleiben, und schärfere Regelungen wie andernorts in Europa zu vermeiden. Dazu müssen die Regeln aber befolgt werden.

Darüber, wer die Einhaltung der Regeln kontrollieren darf oder muss, herrscht mitunter einige Unsicherheit.

Meine Fragen an Sie, Herr Minister, lauten:

- *Haben Sie Kenntnis davon, ob die Bürgermeister der Bitte Vandenbrouckes nachkommen werden?*
- *Wer genau kann die Einhaltung der geltenden Regeln kontrollieren?*

• **Frage Nr. 847 von Herrn MOCKEL (ECOLO) an Minister ANTONIADIS zur Energiepolitik und dem ostbelgischen Beitrag zu den Klimazielen der Wallonischen Region bzw. Belgiens (Burdensharing)**

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat eine Reihe von energiepolitischen Zuständigkeiten im Wohnungsbau von der wallonischen Region übertragen bekommen. Im Bereich Klimaschutz hat die DG somit eine Verantwortung, nicht nur im Hinblick auf den eigenen Klimaplan und die dort bis 2030 selbstgesteckten Zielen, sondern sie hat sich mit der Kompetenzübertragung auch dazu verpflichtet, den Klimazielen der Wallonischen Region in diesem Gebiet nachzukommen.

In diesem Zusammenhang habe ich folgende Fragen an Sie, Herr Minister:

- *Wie beziffern sie die eingesparten Tonnen CO₂-Äquivalente/Treibhausgase für die am 1. November eingeführten Energieprämien?*
- *Wie fließen diese Berechnungen in die Lastenhefte und Kriterien zur Bewertung der Ausschreibungen der Energie-Sanierungen im sozialen Wohnungsbau ein?*
- *Wie tragen insgesamt die von der DG-Regierung angekündigten Investitionen in den Klimaschutz zum Erreichen der Ziele des eigenen Klimaplans bei?*

• **Frage Nr. 848 von Herrn FRECHES (PFF) an Ministerpräsident PAASCH zur Bonität der DG sowie zur Absicherung gegenüber einer rasch ansteigenden Zinsentwicklung**

Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat in den kommenden Jahren sehr viel vor.

Nicht nur, dass bereits in der vergangenen Legislaturperiode zahlreiche Infrastrukturprojekte im Wert von etwa 80 Millionen Euro auf den Weg gebracht wurden, sondern man geht nun noch einen Schritt weiter:

Ein ambitioniertes Investitionspaket in Höhe von 600 Millionen Euro wurde von der Regierung angekündigt und wird von den 3 Mehrheitsfraktionen ProDG, SP und PFF getragen.

Die Finanzierung wird über Anleihen geschehen und die zur Zeit herrschende Zinspolitik erlaubt es zu sehr günstigen Konditionen diese Anleihen zu tätigen. Zudem belasten die beiden Krisen (Corona und Flut) drastisch den Haushalt der DG und damit verbunden die Finanzsituation.

Die Finanzsituation der Deutschsprachigen Gemeinschaft – von der ich eben sprach – ist jederzeit über das Finanzmonitoring online einsehbar und gewährt so wirklich Jedem – der sich dafür interessiert – einen tieferen Einblick auf die Entwicklung der Kreditaufnahmen der Gemeinschaft.

Hier sei zu erwähnen, dass Kreditaufnahmen an sich verschiedenen Faktoren unterliegen, die maßgeblich einen Einfluss auf die Zinsbelastung der Anleihen haben können wie u.a. die Höhe des Betrages, die Laufzeit sowie der Bestimmungszweck!

Die Regierung der DG schafft es aktuell immer wieder sogar Negativzinsen für ihre aufgenommenen Anleihen mit den Finanzinstituten auszuhandeln.

Im Umkehrschluss erhält die DG Geld um Geld zu leihen!

Diese so erhaltenen Negativzinsen entlasten erheblich die Zinslast des laufenden Haushaltes und liefern so ganz nebenbei auch den Beweis der guten Rückzahlungskapazität der Gemeinschaft.

Dennoch sollte man jederzeit die Finanzmärkte genauestens beobachten und nicht nur kurzfristig, sondern auch langfristig analysieren.

Meine Fragen an Sie, werter Herr Minister, lauten daher wie folgt:

- *Hat die Regierung sich gegen eine rasch ansteigende Zinsentwicklung abgesichert?*
- *Falls ja, wie sieht diese Absicherung aus?*
- *Können Sie uns nähere Auskünfte über die Bonität der DG liefern?*

• **Frage Nr. 849 von Herrn CREMER (ProDG) an Ministerpräsident PAASCH zum geplanten neuen Polizeigebäude in Eupen**

Seit vielen Jahren beschäftigt der Bau eines neuen Gebäudes für die lokale und föderale Polizei in Eupen nicht nur die direkt betroffenen Instanzen, sondern auch die politischen Akteure auf den verschiedenen politischen Ebenen.

Immer wieder wurde von der Föderalregierung der Wille bekundet, einen den aktuellen Erfordernissen angepassten Standort zu suchen und die erforderlichen Arbeiten zeitnah durchzuführen.

Anlässlich der Vorstellung des Jahresberichts 2020 der Polizeizone Weser-Göhl Mitte Mai dieses Jahres wurde mitgeteilt, dass der Ankauf des Geländes der Auto-Sécurité an der Vervierser Straße, der als neuer Standort für das geplante neue Polizeigebäude in Frage komme, geplant sei. Frau Claudia Niessen, Vorsitzende des Polizeirates, erklärte anlässlich der Vorstellung des Jahresberichts, dass die Gebäuderegie dieses Areal so bald wie möglich erwerben soll, damit die nächsten Arbeitsschritte geplant werden können.

Diesbezüglich möchte ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, folgende Fragen stellen:

- *Können Sie uns den aktuellen Stand der Dinge bezüglich des geplanten Neubaus eines Gebäudes für die Polizeizone Weser-Göhl mitteilen?*
- *Hat die Gebäuderegie bezüglich eines möglichen Ankaufs des Geländes der Auto-Sécurité an der Vervierser Straße bereits eine Entscheidung getroffen?*
- *Falls Ja, welches werden die nächsten Arbeitsschritte sein?*

• **Frage Nr. 850 von Herrn SERVATY (SP) an Ministerpräsident PAASCH zum Projekt Nationalpark Hohes Venn**

Das Projekt Nationalpark Hohes Venn wurde in den vergangenen Wochen mehrfach in den Medien thematisiert. Inzwischen ist es gut einen Monat her, dass das GrenzEcho schrieb: „Das Projekt Nationalpark Hohes Venn steht in den Startlöchern“.

Dabei handelt es sich um ein überaus wichtiges Projekt mit bedeutenden Perspektiven. So würde mit dem Prädikat „Nationalpark“ nicht nur die Sichtbarkeit sondern auch der Schutz dieses Gebietes, das maßgeblich zur Attraktivität unserer Region als Wohnort sowie als touristischer Ausflugsort beiträgt, gesteigert.

Nach teilweise zähen Verhandlungen konnten sich mehrere französischsprachige und deutschsprachige Gemeinden sowie die Provinz Lüttich auf ein Konzept einigen, das nunmehr auf Ebene der Wallonischen Region Förderantrag im Rahmen eines Bewerbungsverfahrens eingereicht wurde.

In unseren Augen würde sich die frühzeitige und aktive Unterstützung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für dieses Vorhaben durchaus positiv auf dessen Erfolgsaussichten auswirken.

Hierzu lauten meine Fragen:

- *Inwiefern wurde die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft an den Vorbereitungen zu diesem Projekt beteiligt?*
- *Wie steht die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu diesem Projekt?*
- *Welche konkreten Erwartungen knüpft die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft an dieses Projekt?*